

SPD – Stadtratsfraktion Schwabach Rede zum Haushalt 2015



Dass die Ablehnung des HH 2014 durch die SPD-Fraktion richtig war, dokumentieren die Auflagen der Regierung im Genehmigungsbescheid.

Es bedurfte wohl dieser Konfrontation um einen Kurswechsel einzuleiten, den wir in diesem Haushalt durchaus erkennen.

Allerdings ist unser Bewegungsspielraum durch **unabweisbare Investitionen**, die sich aus früheren Entscheidungen des Stadtrates zwingend ergeben, stark eingeschränkt.

Zudem wurden die **Personalausgaben** der Stadt Schwabach seit 2008 um mehr als ein Viertel aufgebläht. Und wir reden hier nicht über die verdienten **Tarifierhöhungen** für die Frauen und Männer in unserer Verwaltung, die mit großem Einsatz komplexere Aufgaben für weniger Geld bewältigen als in einer großen Kommunalverwaltung. Vielmehr haben **falsche**, jetzt nicht revidierbare **Entscheidungen** zu diesem Ausgabenanstieg beigetragen und erschweren die Situation – eine Auseinandersetzung, die zu gegebener Zeit erneut zu führen sein wird. Dabei hinkt ja der Vergleich ohnedies noch, weil in unseren Personalaufwendungen für 2008 noch die **Kosten der IT wie der Verkehrsüberwachung** enthalten waren.

Dem Anstieg bei den Personalkosten stehen übrigens, um auch diesen Aspekt einmal aufzugreifen, von 4,109 auf 3,333 Mio. € um fast 20 % **gesunkene Sozialausgaben** gegenüber!

Alles was wir in unseren Gremien beraten wird überwölbt von einer **chronischen Unterfinanzierung unseres Kommunalhaushalts**:

- Unser **Krankenhaus** produziert, obwohl es sich, wie die Patientenzahlen zeigen, erfolgreich auf dem Markt bewegt, Jahr für Jahr ein siebenstelliges Defizit.
- Unser **ÖPNV**, der wahrlich keine Luxusangebote offeriert, kostet weitere 1,8 Mio. €.
- Aufgrund der Privatisierung des Strommarktes im letzten Jahrzehnt können unsere **Stadtwerke** die wohl zwangsläufigen Verluste daraus und aus dem Betrieb der beiden Bäder nicht mehr kompensieren, werden vielmehr über kurz oder lang zu einem weiteren Kostgänger des KommunalHH werden.
- Zugegeben: Nicht immer glückliche Entscheidungen dieses Hauses verschärfen die Lage: Wir haben unseren Bürgern ein wunderbares **Stadtmuseum** gebaut. Der Betrieb dieses schönen Gebäudes verschlingt

indes rund 600 T€ p.a., an denen gemessen sich die 60 T€ für die eigentliche aktuelle Museumsarbeit lächerlich ausnehmen.

Wenigstens bei den Traumschlössern, die auf dem **Markgrafenareal** entstehen sollten, hat nun bei der Stadtratsmehrheit ein gewisser Realismus Einzug gehalten, auch wenn sie eines teuren Gutachtens bedurfte, um das Offensichtliche zu begreifen. Kein Einzelhandelszentrum also wie am Beginn der letzten Stadtratsperiode, kein Tagungszentrum am Bahnhof oder an anderer Stelle wie an deren Ende – aber auch keine zusätzliche massive und dauerhafte HH-Belastung durch derlei Tagräume. In den letzten Jahren hat diese Stadt ihr **Investitionsvolumen** deutlich erhöht; vergleicht man aber die stolze Investitionssumme der letzten Stadtratsperiode mit der der vorletzten, so ist festzuhalten, dass das gestiegene Investitionsvolumen ausschließlich **kreditfinanziert** wurde: Unsere **Verschuldung** ist seit 2008 von 37 auf 53 Mio. € um 43 % gewachsen.

Das birgt natürlich erhebliche **Risiken**, die im Moment durch ein atemberaubend niedriges Zinsniveau verschleiert sind – finanziert auf dem Rücken der Sparer. Irgendwann aber wird die Rechnung aller Wahrscheinlichkeit nach beglichen werden müssen. Die **niedrigen Zinssätze** in unseren Verträgen mit den Banken stehen sub specie aeternitatis auf genauso reißfestem Papier wie die 3,5 % Zinsen für Bausparer – bis vor Kurzem.

Welche Möglichkeiten gibt es, dem zu begegnen?

- Der **Bund**, diese Kritik wendet sich auch gegen Sozialdemokraten, darf nicht länger eine Krankenhausfinanzierungspolitik betreiben, mit der die kleinen, schnellen, erfolgreichen Häuser bestraft und die dicken, trägen Tanker belohnt werden.
- Der **Freistaat Bayern**, der ja laut seinem Ministerpräsidenten der Vorhof zum Paradies ist, darf sich nicht länger einen schlanken Fuß machen und die Schuldenfreiheit seiner Staatshaushalte mit der Verarmung der Kommunen erkaufen, denen er z.B. zumutet, **zentrale staatliche Aufgaben wie schulische Sozialarbeit oder wohnortnahe Berufsoberschul-Bildung** selbst zu finanzieren. Da hilft ein einmaliger Ausreißer nach oben bei den Schlüsselzuweisungen (mit 10,2 etwa 2 Mio. € über dem Durchschnitt der letzten Jahre) wenig. Was uns hülfe wäre, dass der Staat die selbstverständliche seiner Pflichten übernimmt und das qualitativ hochwertige, weithin anerkannte Bildungsangebot von Wirtschafts- und Berufsoberschule endlich anerkennt und die dort arbeitenden Lehrkräfte finanziert. Dafür erwarten wir weiterhin den vollen Einsatz unseres OB!
- **Wir** müssen alles daran setzen, die Basis unserer **Einnahmen zu verbreitern**. Unsere Steuerkraft entwickelt sich weiter unterdurchschnittlich Mit den **Gewerbegebieten** Falbenholz, Wiesenstraße und Schwabach West wie mit der Umsiedlung von Niehoff wurde in den letzten Jahrzehnten die

Grundlage für das wirtschaftliche Überleben unserer Stadt gelegt. Unser **Pro-Kopf-Gewerbesteuererwerb** (SC: 17,9 Mio. € : 0,04 Mio. E = 447 € pro Kopf) ist aber nur **gut halb so hoch** wie das unseres großen **Nachbarn** (N: 421 Mio. € : 0,53 Mio. E = 794 €/E), liegt gar nur bei einem **guten Drittel der Landeshauptstadt München** (M: 2070 Mio. € ; 1,489 Mio. E = 1390 €/E), was – bei aller Problematik solcher Vergleiche über Größenordnungen hinweg - jedenfalls zeigt, dass wir trotz einer guten Infrastruktur weit abgeschlagen sind. Herr OB, *Sie* wollten in Ihrem „Konzern Stadt“ **Wirtschaft zur Chefsache** machen. Davon sehen wir noch zu wenig und wünschen uns von Ihnen richtungweisende Vorschläge, wie wir uns gegen die **aus Rednitzhembach, Kammerstein und Rohr** im Wortsinne immer näher rückende **Konkurrenz um Gewerbebetriebe** zur Wehr setzen können.

- Da wir auf diese Faktoren nur mittelbaren, Jahre politischer Kärnerarbeit erfordernden Einfluss haben, müssen wir auch die **Bürgerinnen und Bürger** unserer Stadt stärker zur Finanzierung einer funktionstüchtigen Infrastruktur heranziehen.
 - Die zusätzliche Belastung für Hauseigentümer und Mieter ist schmerzlich, aber wenn man unser steigendes **Grundsteuerniveau** in Relation zu dem der Nachbarstädte setzt, noch hinnehmbar.
 - Und wenn das Privileg, direkt unter Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Marktständen kostenlos **parken** zu dürfen, um ein paar Minuten verkürzt wird, geht die Welt nicht unter.
 - Wenn wir aber die **Kindergartenbeiträge** anheben müssen, geht es ans Eingemachte. Hier geht es um eine kommunale Leistung, die erst die Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern schafft und damit *auch* für unsere Leistungsfähigkeit ausschlaggebend ist. Deswegen hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass die Erhöhung dieser Beiträge begrenzt wird und die Wirtschaft, die durch die direkte Nutzung unserer Infrastruktur Einnahmen erzielt, zur Finanzierung dieser Lücke herangezogen wird. Dies in einem Nachtragshaushalt zu regeln ist für uns Voraussetzung für unsere Zustimmung zum Haushalt 2015.

Dass der Bezirk ein Kulturprogramm für mehr als 2 Mio. € ausrichtet, wäre eigentlich ein Grund zur Freude. Dass der Fraktionschef der CSU im Bezirkstag aber eine Erhöhung der Bezirksumlage für „verkräftbar“ hält, zeigt, dass dieses Kulturprogramm nicht nur *in* den Kommunen des Bezirks, sondern genauer: *auf deren Rücken* ausgerichtet wird. Wir bauen uns ein schönes neues Bezirksrathaus, feiern schöne Feste, und die Kohle müssen wir uns halt – blöd jetzt! – von den Kommunen holen. Herr Forster traut sich das, weil „die **Kritik seiner Parteifreunde** in den Kommunen anders als früher **sehr sachte** formuliert wird“ (ST, 10.12.14, S. 16). Da helfen *wir* den Kollegen von der CSU

gerne aus, Herr Forster, und verbitten uns solchen Zynismus! Erfreulicherweise haben wenigstens im Bezirkstag sich die Machtverhältnisse geändert, so dass SPD und FW das Schlimmste für die Kommunen verhindern konnten.

Wir nämlich können im Unterschied zu Bund, Land und Bezirk unsere Lasten nicht wie Herr Forster auf eine uns nachgelagerte Ebene abwälzen. *Wir* müssen unseren Haushalt mit schmerzhaften Zumutungen für unsere Bürgerinnen und Bürger konsolidieren, von der Einstellung der Geburtshilfe im Stadtkrankenhaus über die Erhöhung der Beiträge in den Kindertagesstätten und – auch wenn aus dem reichen München, siehe oben!, ganz andere Signale kommen – in der Straßenausbaubeitragssatzung bis hin zur Erhöhung der Grundsteuer.

Hier sei mir ein kleiner Exkurs gestattet: Wir wünschen uns, dass die Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister über ihre Dachverbände mehr Druck machen, den Straßenbau, der allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt, auch über Steuern zu finanzieren, statt bei jeder Deckenerneuerung über die Stadträte ausgetragene Kämpfe zwischen Partikularinteressen der Anlieger und städtischem Gesamtwohl zu provozieren.

Und dennoch: Trotz aller dieser Zumutungen müssen wir – bei infolge der guten Konjunktur weiterhin guten Erträgen aus der Gewerbe- wie aus der Einkommensteuer - noch zur Bank gehen und uns frisches **Geld borgen** um unseren Haushalt auszugleichen. Die 2008 noch weit unterdurchschnittliche **Pro-Kopf-Verschuldung** hat den Durchschnitt inzwischen wohl überholt. Und unser **Finanzmittelbestand** hat sich binnen zweier Jahre halbiert. Und dass wir uns in einem – freundlich gesprochen – volatilen Umfeld bewegen, deutet der Kämmerer mit dem Verweis auf die weiter schwärende Eurokrise in Südeuropa und Kriegsgebiete unmittelbar am Rand des Euro-Raums einerseits, die Exportabhängigkeit Schwabacher Schlüsselunternehmen andererseits an. Wir beschließen einen Haushalt für schönes Wetter, wohl wissend, dass der Winter auch kommt, wenn man erklärt hat, diesmal nicht daran teilnehmen zu wollen.

Unsere Fraktion, die übrigens als einzige bei den Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge zur Konsolidierung gemacht hat, wird diesem Haushalt trotz nach wie vor massiver Vorbehalte zustimmen, weil

- sie weiß, dass die prekäre Gesamtlage nicht in kurzer Zeit gewendet werden kann und
- weil sie mit ihren Bedenken in einigen Punkten, z.B. mit der Umkehr bei der Ausweitung des Stellenplans, bei der Deckelung der IT-Kosten und der Begrenzung des Anstiegs bei den Kindergartenbeiträgen

Gehör gefunden hat.

An den versierten Fachleuten unserer Finanzverwaltung mit Herrn Spahic, Herrn Strauß und Herrn Aepfelbach liegt es nicht, dass unsere Haushalte freudlos geworden sind. Sie haben uns umsichtig und effizient beraten, wofür wir uns bedanken. Herr Thürauf hat sich fair um ein Klima bemüht, das der SPD als nicht zu seiner Stadtregierung gehörende zweitgrößte Kraft des Stadtrats eine gewisse Mitwirkung ermöglichte. Auch dafür bedanken wir uns.

W.Sittauer,

Haushaltssprecher